

Kohledebatte: Ein gutes Signal für Nordrhein-Westfalen

Das Bekenntnis zum Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen gehört zur DNA der CDU. Eine starke Industrie ist die Grundlage für Wohlstand und Fortschritt in unserem Bundesland. Industrie geht aber nur mit Energie. Und eine sichere Stromversorgung wird auch auf lange Sicht nicht auf den Energieträger Braunkohle verzichten können.

Die CDU-Landtagsfraktion hat daher nach Bekanntwerden der Pläne für eine Kohlesteuer vom ersten Tag an politischen Druck gemacht, um dieses Instrument zu verhindern. Wir freuen uns, dass die Landesregierung in ihrer Mehrheit mittlerweile auf unsere Linie eingeschwenkt ist. Die Strafsteuer wäre wirtschaftlich und klimapolitisch der völlig falsche Weg. Seine Folgen wären nicht nur für die Familien im rheinischen Braunkohlerevier, sondern für ganz Nordrhein-Westfalen desaströs gewesen. Wir begrüßen daher die Nachricht, dass die Umsetzung der Pläne für die Kohleabgabe immer unwahrscheinlicher wird. Das gemeinsame Vorgehen der nordrhein-westfälischen CDU und der Gewerkschaften in Berlin scheint Erfolg zu haben.

Der verstärkte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und die Bildung einer Kapazitätsreserve sind gute Alternativlösungen, um unsere nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Sie zeigen, dass ein intelligenter Klimaschutz möglich ist und mehr Sinn macht als eine ideologisch getriebene Symbolpolitik, die einzelne Energieträger diskriminiert. Mit diesen vorgeschlagenen Alternativen erreichen wir mehr für den Klimaschutz und bewahren viele hochwertige Arbeitsplätze in unserem Land.

Landesregierung bei Vorratsdatenspeicherung weiter tief gespalten

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Beschluss des SPD-Parteikonvents vom vergangenen Wochenende zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung befasst. Hintergrund der Debatte war der unwürdige Zick-Zack-Kurs, den die Landesregierung in dieser Frage in den letzten Monaten hingelegt hat.

Pressestelle

Axel Bäumer - Pressesprecher
Nils Sönksen - Pressereferent
Teresa Leson - Sekretariat/Internet

Tel: (0211) 884-2213
Tel: (0211) 884-2355
Tel: (0211) 884-2018
Tel: (0211) 884-2213

Mobil (0151) 1 884 10 71
Mobil (0151) 1 884 10 90
Mobil (0151) 1 884 10 83

cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Mal durfte Innenminister Jäger mit martialischen Worten die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung fordern, mal verkündete Justizminister Kutschaty das genaue Gegenteil. Noch im September 2014 hatte die nordrhein-westfälische SPD auf ihrem Landesparteitag sogar einen Beschluss gefasst, in dem Sie die Vorratsdatenspeicherung ausdrücklich ablehnte. Nachdem sich die Große Koalition auf Bundesebene kürzlich auf einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung geeinigt hatte, legte die SPD in Nordrhein-Westfalen die nächste Kehrtwende hin. Erneut war es nun Minister Jäger, der diesen Schritt im Namen der Landesregierung als „vernünftigen Kompromiss“ begrüßen durfte. Die Grünen blieben gleichwohl bei ihrem Nein zur Vorratsdatenspeicherung.

Vor diesem Hintergrund fragen sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu Recht, welche Position die Regierung Kraft beim Thema Vorratsdatenspeicherung insgesamt einnimmt. Dazu ist die Landesregierung leider auch in der Aktuellen Stunde eine Antwort schuldig geblieben: Sowohl Minister Kutschaty als auch Ministerpräsidentin Kraft haben sich im Plenum vor einer eindeutigen Positionierung gedrückt. Es ist beschämend, dass ausgerechnet die Regierung des größten Bundeslandes bei diesem wichtigen Thema derart tief gespalten ist.

Landesnenschutzgesetz: Rot-grüner Lindwurm der Bevormundung

Mehr Vorschriften, mehr Bürokratie, zusätzliche Gängelung sowie ein massiver Entzug land- und forstwirtschaftlicher Flächen – das ist der Geist, der sich wie ein rot-grüner Lindwurm der Bevormundung durch das neue Landesnaturschutzgesetz zieht. Wie bei der Biodiversitätsstrategie und dem Landesjagdgesetz macht die rot-grüne Landesregierung weiter massiv Front gegen Bauern, Förster, Fischer und Jäger. Den vollkommen unangemessenen Eingriffen in bewirtschaftete Flächen, wie beispielsweise durch Zwangstilllegung von Wäldern, werden wir unseren massiven Widerstand entgegensetzen. Statt Begeisterung und Zustimmung zum Naturschutz zu unterstützen, macht die Landesregierung diesen zum Negativthema und bringt die Bevölkerung gegen den Natur- und Artenschutz auf. Am Ende wird Rot-Grün für weniger und nicht für mehr Naturschutz sorgen.

Der Druck auf die heimische Landwirtschaft wächst dank der Politik des grünen Ministers Rimmel weiter. Bereits jetzt ist der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen erheblich. Versiegelung, Flächenausgleich bei diversen Bauprojekten und Bodenspekulanten machen es unseren Landwirtschaftsbetrieben in bäuerlicher Hand immer schwerer. Das von Minister Rimmel geforderte Vorkaufsrecht bei interessanten Landwirtschaftsflächen für Naturschutzorganisationen und die beabsichtigte massive Überkompensation beim Flächenausgleich wirken wie ein weiterer Knüppel, den der Minister und die rot-grüne Landesregierung unseren Landwirtinnen und Landwirten zwischen die Beine werfen. Wir möchten, dass es auch in Zukunft möglich ist, gesunde Lebensmittel regional zu gewinnen.

Haushaltskonsolidierung im Schneckentempo statt Mut zu strukturellen Einsparungen

In dieser Woche hat die rot-grüne Landesregierung den Haushaltsentwurf 2016 und die Finanzplanung bis 2019 beschlossen. Die Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung fußt weiter einzig auf dem Prinzip Hoffnung. Finanzminister Walter-Borjans setzt in seiner Finanzplanung voll auf steigende Steuereinnahmen. Eine Reduzierung der Ausgaben ist nicht vorgesehen. Ganz im Gegenteil: Diese steigen erneut um fast 4 Prozent auf sage und schreibe 67 Milliarden Euro im Jahr 2016. Auch die Stellenzahl im Haushalt steigt auf 285.898 Bedienstete. Zum Vergleich: Im Haushalt 2010 lag sie bei 284.636 – also über 1.200 Stellen weniger. Von einer strukturellen Haushaltskonsolidierung ist Rot-Grün damit meilenweit entfernt.

Neun der 16 Bundesländer schreiben schon seit dem vergangenen Jahr schwarze Zahlen. Frau Kraft und ihr Finanzminister hingegen bleiben Deutschlands Schuldenmeister. Trotzdem verkauft Walter-Borjans sein Schneckentempo bei der Haushaltskonsolidierung als Erfolgsmodell. Er verschweigt zudem, dass seine Zahlen überhaupt nur durch die zweimalige Grunderwerbsteuererhöhung auf das bundesweite Rekordniveau von 6,5 Prozent und die wiederholte Zweckentfremdung von Bundesmitteln (BAföG, Flüchtlingsmittel) zustande kommen. Auch die Hoffnung, dass die Ausgaben in 2018 um lediglich 1 Prozent steigen, ist eine Illusion. Walter-Borjans soll nicht glauben, die Menschen in Nordrhein-Westfalen ließen sich für dumm verkaufen.

Die Regierung Kraft setzt zum wiederholten Mal auf steigende Steuereinnahmen, weil der Mut fehlt, den Landeshaushalt durch strukturelle Änderungen zukunftsfest zu machen.

G 8 / G 9: SPD und Grüne machen es sich zu einfach

Das Anliegen der Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „G 9-jetzt!“ hat berechtigte Bedenken und Ängste vieler Eltern aufgegriffen. Die CDU-Fraktion nimmt sie ernst und wird die Vorschläge auch im Weiteren intensiv beraten.

SPD und Grüne machen es sich aber zu einfach. Die Vielzahl der Eltern, die ihre Unterschrift geleistet haben, benötigt eine stärkere Verbindlichkeit bei der Behandlung ihrer Sorgen und Bedenken. Die Fragen und Probleme mit dem achtjährigen gymnasialen Bildungsgang müssen auch weiterhin auf der Tagesordnung des Landtags bleiben und intensiv beraten werden. Dazu hat die CDU-Landtagsfraktion einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht.

Dem von der Volksinitiative vorgelegten Gesetzentwurf kann nicht in allen Punkten gefolgt werden. Aber die berechtigte Kritik an der mangelhaften Umsetzung von G 8 durch die Landesregierung muss ernst genommen werden. Das sichern wir den Eltern zu.

Land muss seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik gerecht werden

Wir begrüßen ausdrücklich die auf dem Flüchtlingsgipfel gemachte Zusage, dass sich der Bund künftig „strukturell, dauerhaft und dynamisch“ an den gesamtstaatlichen Kosten der Flüchtlingshilfe beteiligen wird. Die Neuausrichtung des Asylverfahrens, die schnellere Unterscheidung zwischen Asylbewerbern mit Bleibeperspektive und Antragstellern ohne Erfolgsaussichten und auch die Aufstockung des Personals des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge um mittlerweile insgesamt 2.000 Stellen ist ein richtiger Schritt.

Das alles kann aber nicht bedeuten, dass die Bundesländer bei der Gestaltung der Flüchtlingspolitik ihren Blick nur noch nach Berlin richten. Wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Integration von Schutzberechtigten geht, kommt der Landespolitik eine Schlüsselrolle zu. Die CDU hat sich in der Vergangenheit immer mit konstruktiven Vorschlägen in die Debatte eingebracht. Manche Punkte wurden aufgegriffen und umgesetzt, vieles muss die Landesregierung aber noch angehen. Es braucht den Dreiklang aus einer geordneten Erstaufnahme mit schnelleren Asylverfahren, handlungsfähigen Kommunen mit ausreichender finanzieller Ausstattung und eine frühe Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge.

Natürlich wird die sichere Aufnahme von Flüchtlingen auch in Zukunft zunächst nur aus humanitären Gründen geschehen; sie darf keinem volkswirtschaftlichen Nutzenkalkül folgen. Dennoch gilt: wer sich durch Arbeit in die Gesellschaft einbringen kann, lässt den Flüchtlingsstatus hinter sich und nimmt sein Schicksal selbst in die Hand. Gesellschaftliche Integration und eine erfüllende berufliche Tätigkeit bedingen sich gegenseitig.

Klimaschutzplan: Zum Damokles-Schwert mutiert

Deutschland hat sich unter der Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren. Die CDU bekennt sich ausdrücklich zum 2-Grad-Ziel. In der heutigen Debatte ging es jedoch nicht um den Klimaschutz als solchen, sondern um den richtigen Weg und die geeigneten Maßnahmen.

Wir hatten dazu geraten, zuerst eine Klimaschutzstrategie zu erarbeiten und dann da, wo es sinnvoll und erforderlich erscheint, Änderungen an den Gesetzen vorzunehmen. Die Landesregierung ist nun umgekehrt vorgegangen. Damit hat Rot-Grün einen großen

Vertrauensverlust herbeigeführt, die Bevölkerung und die Wirtschaft verunsichert und weiter zur Investitionszurückhaltung beigetragen. Statt diese Unsicherheiten jedoch auszuräumen, verschärft Umweltminister Rimmel das Problem jetzt sogar noch, indem er damit droht, dass Teile des Klimaschutzplans ab 2017 rechtsverbindliche Maßnahmen nach sich ziehen können. Damit ist das Gesetz zu einem Damokles-Schwert mutiert, das Nordrhein-Westfalen nachhaltig schaden wird.

Statt einer klaren Linie und realistischen, stringenten Maßnahmen erweckt der Plan den Eindruck von Beliebigkeit. Weder die Struktur des Entwurfs, noch die Finanzierung des Ganzen sind plausibel. Immer wenn es darum geht, dass andere bezahlen sollen, hat die Maßnahme bei Rot-Grün eine hohe Priorität. Da, wo das Land selbst etwas voranbringen könnte, hat die Landesregierung einen „Igel in der Tasche“.

Rot-Grün lehnt schnelle Lösung zur Einrichtung eines Hilfsfonds‘ für Misshandlungsoffer in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie ab

Bereits im Haushalts- und Finanzausschuss in der letzten Woche hatte die CDU-Landtagsfraktion den Antrag gestellt, den Anteil des Landes am Hilfsfonds von fünf Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Damit sollte der fraktionsübergreifenden Antrag zur Einrichtung eines Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990 (Drs. 16/8636) vom 12. Mai 2015 konkret umgesetzt werden. Leider haben die Regierungsfractionen den Antrag in dieser Woche abgelehnt und sich damit gegen eine schnelle Lösung ausgesprochen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich von Anfang an für die Einrichtung eines Hilfsfonds‘ eingesetzt. Auch Minister Schneider und Minister Kutschaty hatten sich im Ausschuss beziehungsweise im Plenum entsprechend erklärt. Nun spielen ausgerechnet die Regierungsfractionen auf Zeit und verschieben das Thema Opferentschädigung in den Haushalt 2016 – und das lediglich als Strichansatz, also ohne Etatisierung eines konkreten Betrags. Warum Rot-Grün taktische Spielchen in einem derart hochsensiblen Thema spielt, erschließt sich nicht.

Energetische Gebäudesanierung sinnvoll gestalten

Mit dem Antrag „Dämmwahn bremsen“ verfolgt die CDU-Landtagsfraktion das Ziel, Kosten und Nutzen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen. Die viel zu hohen Anforderungen der Energieeinsparverordnung bremsen bis heute Investitionen in Nordrhein-Westfalen aus. Die energetische Sanierung von

Wohnungen ist so für Eigentümer nicht attraktiv. Bauminister Groschek hat es versäumt, diese Hindernisse für Eigentümer auszuräumen.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, den Weg für unbürokratische Lösungen freizumachen. Dabei wollen wir die Energieeinsparverordnung nicht abschaffen, sondern lediglich die in Paragraph 25 der Verordnung geregelte Ausnahme so gestalten, dass eine unbürokratische Befreiung bei der Sanierung möglich ist und diese attraktiv für Eigentümer macht.

Die Anhörung diese Woche hat uns bestätigt: Fast alle Sachverständige halten unseren Antrag für sinnvoll und forderten sofortiges Handeln. Wir fordern daher alle Landtagsfraktionen auf, unserem Antrag nach der Sommerpause zuzustimmen und damit den Weg frei für energetische Sanierungen zu machen, vor denen Eigentümer bei der heutigen Situation noch zurückschrecken.

Rot-Grün steht auf der Leitung: ländlicher Raum darf bei Digitalisierung nicht abgehängt werden

Vordergründig scheint Nordrhein-Westfalen bei der Breitbandversorgung zu den Spitzenreitern in Deutschland zu gehören. Dies ist aber nur eine Seite der Medaille, denn die ländlichen Regionen jenseits der großen Ballungsräume laufen Gefahr, abgehängt zu werden. Die Landesregierung muss nun endlich aktiv werden, um der Gefahr der digitalen Spaltung des Landes zu entgegenzuwirken. Die Kommunen müssen die Breitbandversorgung als Daseinsvorsorge und Standortvorteil begreifen. Denn eine zukunftssichere Breitbandanbindung ist ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Das Land muss den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Handlungsoptionen wahrzunehmen, denn die Datennetze sind die Straßen von Morgen. Neben der finanziellen Unterstützung ist die Beratung vor Ort durch sogenannte Breitband-Koordinatoren ein wesentlicher Schlüssel, wie das Land die Kommunen unterstützen kann. Der ländliche Raum darf bei der Digitalisierung des Landes nicht abgehängt werden. Wir möchten den Landkreisen und Kommunen helfen, den Anschluss nicht zu verlieren.

RAG-Stiftung: ein Erfolg für Nordrhein-Westfalen

Bei der letzten Fraktionssitzung vor der Sommerpause begrüßte die CDU-Landtagsfraktion den Vorstandsvorsitzenden der RAG-Stiftung, Bundeswirtschaftsminister a.D. Dr. Werner Müller, sowie das für Finanzen verantwortliche Vorstandsmitglied der RAG-Stiftung, Dr. Helmut Linssen. Nach der Vorstellung des Konzepts und der Aufgaben der RAG-Stiftung schloss sich eine Diskussion über die zukünftige Rolle der Stiftung für das Ruhrgebiet an. Auch über den Vorschlag von Werner Müller für eine deutsche Stiftung

zur Abwicklung der Kernenergie wurde beraten. Nach dem Besuch erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet:

„Werner Müller hat mit seinen Ausführungen deutlich gemacht, welche große Bedeutung die RAG-Stiftung für unser Bundesland und vor allem für die Menschen im Ruhrgebiet hat. Die Arbeit der Stiftung verhindert nicht nur bis heute schwere Umweltschäden in den betroffenen Städten. Sie trägt auch für einen sozialverträglichen Strukturwandel in der Region Sorge und steht für einen fairen Lastenausgleich ein. Der volkswirtschaftlich notwendige Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung – eine der großen Leistungen der CDU-geführten Landesregierung unter Jürgen Rüttgers – wäre ohne diese Stiftungslösung nicht möglich gewesen.“

Die RAG-Stiftung war und ist ein Erfolg für Nordrhein-Westfalen. Deshalb würde es lohnen, den Vorschlag von Herrn Müller für einen ähnlichen Lösungsansatz nach dem Ende der deutschen Kernenergie ernsthaft zu prüfen. Eine Abwälzung der Entsorgungskosten für Kernkraftwerke und Brennelemente auf die Allgemeinheit muss dabei aber von Anfang an ausgeschlossen sein.“

Kunstsammlung: das Rumeiern des Finanzministers geht weiter

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass die wichtigsten Kunstwerke im Land verbleiben und in eine an die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen angebundene neue Stiftung überführt werden sollen. Die finanzielle Abwicklung ist aus kulturpolitischer Sicht hingegen unbefriedigend. So soll die Stiftung die Kunstwerke über die NRW.Bank kreditfinanziert von der Portigon kaufen. Die Zinstilgung für diesen Kredit soll über den ohnehin schmalen Kulturretat des Landes erfolgen. Das Rumeiern des Finanzministers geht also weiter.

Walter-Borjans hatte die Sammlung zunächst über viele Monate ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet und damit dem kulturpolitischen Image Nordrhein-Westfalens schweren Schaden zugefügt. Auch Ministerpräsidentin Kraft scheute sich, in die Verhandlungen einzugreifen. Dadurch wurde eine einvernehmliche Lösung viel zu lange verhindert. Die heute getroffene Einigung ist ein erster wichtiger Schritt, dauerhaft gelöst ist das Problem damit aber nicht.

Rot-Grün schafft es nicht, die Arbeitsverhältnisse an Hochschulen zu verbessern

Das Thema befristete Arbeitsverhältnisse an Hochschulen ist ein Gradmesser der Attraktivität unseres Hochschulstandorts für junge Nachwuchswissenschaftler. Die Landesregierung hat mit ihrem Rahmenkodex „Gute Arbeit“ den Eindruck erwecken wollen, dass sie etwas für die Betroffenen und die Standorte getan habe.

Leider ist das Papier kein Beitrag, das Problem der befristet Beschäftigten an nordrhein-westfälischen Hochschulen zu lösen. Das sehen auch die Hochschulen so. Man kann das Problem nicht lösen, wenn man die Grundfinanzierung der Hochschulen nicht anhebt. So lange 40-60 Prozent der betroffenen Stellen mit befristeten Drittmitteln finanziert werden, wird sich substantiell nichts ändern.

Einen anderen Weg geht beispielsweise Baden-Württemberg. Dort wurde eine Vereinbarung zwischen Land und Hochschulen geschlossen, die verbindlich festschreibt, dass das Land die Empfehlung des Wissenschaftsrates umsetzt und die Grundfinanzierung der Hochschulen vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2020 jährlich um durchschnittlich mindestens drei Prozent angehoben wird. Damit wird nicht nur die Autonomie der Hochschulen gestärkt. Außerdem stellt die Landesregierung in Baden-Württemberg ausdrücklich klar, dass die Hochschulen, die Freiheit erhalten, die Mittel entsprechend ihrer jeweiligen Prioritäten einzusetzen.

Deshalb hat die CDU-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, sich am süddeutschen Bundesland ein Beispiel zu nehmen. Eine verbindliche Erhöhung der Grundfinanzierung im Bereich des Personals wäre für Betroffene und Standort sinnvoller, statt unverbindliche Publicity-Aktionen anzuschieben, die keinerlei Wirkung entfalten. So könnte man zum Beispiel die vom Bund komplett übernommenen BAföG-Mittel nutzen. Diese 278 Millionen Euro stehen unbefristet zur Verfügung. Statt diese Chance zu nutzen, hat Rot-Grün diese Mittel im allgemeinen Haushalt versickern lassen.

Alkohol in der Schwangerschaft: Jeder Schluck kann das werdende Leben dauerhaft schädigen

Was für viele zum kulinarischen und gesellschaftlichen Leben dazugehört, kann in der Schwangerschaft für ein ungeborenes Kind zu lebenslangen, gesundheitlichen Schäden führen. Dazu zählen unter anderem Fehlbildungen am Skelett und Organen, wie angeborene Herzfehler, und vor allem Schädigungen des zentralen Nervensystems, die zu Gedächtnis- und Konzentrationsschwächen führen. Alkoholgeschädigte Kinder haben fast immer große Probleme, Verhalten und Emotionen zu steuern und müssen diese Last ihr Leben lang tragen.

10.000 alkoholgeschädigte Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren. Das ist deutlich zu viel. Hier ist die Politik in der Pflicht und muss Sorge dafür tragen, dass diese Zahl reduziert wird. Bezogen auf Nordrhein-Westfalen liegen laut Ministerium keine Zahlen zum Alkoholkonsum in der Schwangerschaft vor. Das ist bedauerlich. Die Landesregierung hat dieses wichtige Thema nicht auf dem Schirm und lässt eine ernsthafte Präventionspolitik zur Aufklärung über die Gefahren von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft vermissen.

Wir brauchen deshalb eine umfassende Aufklärungsarbeit über alle Gesellschaftsschichten hinweg durch Kampagnen, Informationen und Gespräche mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten. Einige Verbände und Vereinigungen sind hier schon sehr bemüht. Sie brauchen aber auch politische Unterstützung, um die breite Masse der Menschen zu erreichen. Die Landesregierung muss deshalb dieses Thema öffentlichkeitswirksam in die Gesellschaft hineinbringen. Es darf nicht verharmlost werden.

Neue Impulse für Flüchtlingspolitik, innere Sicherheit und Verkehrspolitik

An der zweitägigen Konferenz aller CDU/CSU-Fraktionsvorstände aus dem Bund und den Ländern in Magdeburg nahmen der nordrhein-westfälische CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet, sein Stellvertreter André Kuper sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Lutz Lienenkämper teil.

Dort informierte Bundeskanzlerin Angela Merkel unmittelbar vor ihrer Reise zum EU-Sondergipfel in Brüssel über den Stand der Verhandlungen mit Griechenland und über die Zukunft und die Stabilität des Euro. Ein weiteres Thema waren die Ergebnisse des Spitzengesprächs mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am letzten Donnerstag. Zum Beschluss der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz erklärt Armin Laschet: „Die Konferenz ist sich einig darüber, dass Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik konsequent darauf ausgerichtet sein müssen, die Ursachen für die vielfältigen Fluchtgründe so weitgehend wie möglich zu beheben. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Flüchtlingen Schutz zu gewähren, ist groß und durch die humanitären Katastrophen entlang der Fluchtwege über das Mittelmeer noch einmal gewachsen. Darauf können wir stolz sein. Diese Bereitschaft fußt jedoch auf der berechtigten Erwartung, dass Schutz und Hilfe den Menschen zugutekommt, die diesen Schutz tatsächlich benötigen. Deshalb ist es richtig, die Verfahren mit Hilfe des Bundes zu beschleunigen, um festzustellen, wer kein Schutzbedürfnis hat und in ein sicheres Herkunftsland zurückkehren muss.“ Wichtig sei auch, dass die Bundesgelder 1:1 den Kommunen zugutekommen.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Konferenz war die innere Sicherheit, hierbei insbesondere die Intensivierung des Kampfes gegen islamistischen Terrorismus und die Anwerbung von Dschihadisten auf allen Ebenen. Darüber hinaus sprach sich die Konferenz für eine Verbesserung des Schutzes für Polizei und Rettungskräfte vor Übergriffen von gewaltbereiten Demonstranten, für eine bessere Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen sowie für die Wiedereinführung der Speicherung von Kommunikationsverkehrsdaten.

Abschließend hat die Fraktionsvorsitzenden-Konferenz auch eine Entschließung zur Beschleunigung von Verkehrsplanungen auf den Weg gebracht. Neben der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren ist sich die Konferenz

darüber einig, dass künftig dauerhaft deutlich mehr Geld als bisher aus dem allgemeinen Steueraufkommen für Infrastrukturvorhaben bereitgestellt werden muss. Dies ist auch für die maroden Straßen und Brücken in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung.